

RECHT & STEUERN

NEWSLETTER



Deutsch-Brasilianische
Industrie- und Handelskammer
Câmara de Comércio e Indústria
Brasil-Alemanha

Stüssi-Neves
Advogados



PACHECO NETO
SANTEN
TESSIERE
advogados

LEFOSSE
ADVOGADOS

RECHSTEINER
LANNAY
advogados de arbitragem

MACHADO
ASSOCIADOS

Rödl & Partner

INHALT

I. STJ AKTUALISIERT DIE AUF DIE ANERKENNUNG AUSLÄNDISCHER URTEILE UND RECHTSHILFEERSUCHEN ANWENDBAREN REGELN

Stüssi-Neves Advogados

Daniel Ricardo dos Santos Andrade.4

II. BRAZIL INCREASES SOCIAL CONTRIBUTIONS ON IMPORTATION OF GOODS

PricewaterhouseCoopers

Julio Oliveira und Jeroen Peters.10

III. COMPLIANCE AS A SOCIAL FACTOR AND THE IMPORTANCE OF ITS ADDED VALUE TO THE BUSINESSES

Pacheco Neto Sanden Teisseire Advogados

Ernani Teixeira Ribeiro Junior.12

IV. LAW NO. 13,097/15 ALLOWED FOREIGN INVESTMENTS IN HOSPITALS AND MEDICAL CLINICS

Lefosse Advogados

Carlos Mello und Ana Cândida Sammarco15

V. SORGE-, OBHUTS- UND AUFENTHALTSRECHT VON MINDERJÄHRIGEN KINDERN

Rechsteiner e Anaya Sociedade de Advogados

Dr. Beat W. Rechsteiner, LL.M.16

VI. DIE NEUE REGELUNG FÜR AUSLÄNDISCHE INVESTITIONEN AUF DEM BRASILIANISCHEN FINANZ- UND KAPITALMARKT UND IN DEPOSITARY RECEIPTS – CMN-BESCHLUSS NR. 4373

Machado Associados

Renata Almeida Pisaneschi.18

VII. DRASTIC CHANGES TO TAX BREAK ON PAYROLL CONTRIBUTIONS INTENDED BY THE FEDERAL GOVERNMENT

Rödl & Partner

Philipp Klose-Morero und Tiago Tomaszewski.20



Daniel Ricardo dos Santos Andrade
daniel.andrade@stussinevessp.com.br

Stüssi-Neves Advogados*
Rua Henrique Monteiro, 90 -
10º andar
05423-020 - São Paulo - SP/Brasil
T (+55) 11 3093 6612
F (+55) 11 3097 9130
www.stussi-neves.com

Stüssi-Neves
Advogados

STJ aktualisiert die auf die Anerkennung ausländischer Urteile und Rechtshilfeersuchen anwendbaren Regeln

Nach einigen Jahren ohne grosse Änderungen in diesem Bereich hat der Obere Bundesgerichtshof STJ am 17. Dezember 2014 die Verfahrensrichtlinie (Emenda Regimental) Nr. 18 veröffentlicht, mit der die bisherigen Regelungen über die Anerkennung ausländischer Urteile sowie die Umsetzung von Rechtshilfeersuchen in Brasilien in seine Internen Richtlinien aufgenommen wurden.

Generell wurden zahlreiche der bereits existierenden Bestimmungen beibehalten, auf einige Änderungen ist jedoch hinzuweisen:

Im Einklang mit der bereits gefestigten Rechtsprechung des STJ wurde in den Richtlinien das Verbot der Anerkennung ausländischer Urteile, die die Menschenwürde verletzen, aufgenommen. Auf den ersten Blick scheint dieser Punkt nicht von grosser Bedeutung zu sein, er spielt jedoch für Länder eine Rolle, die grausame oder die verurteilte Person entwürdigende Strafen vorsehen. Solche Urteile können wegen Verstosses gegen die Grundsätze des brasilianischen Rechtssystems nicht anerkannt werden.

Gestrichen wurde ferner die Notwendigkeit der Legalisierung ausländischer Gerichtsurteile und diesbezüglicher Dokumente durch die brasilianischen Konsulate. Diese ist nur noch in Fällen zwingend vorgeschrieben, in denen sie unverzichtbar ist. Dies ist ein positiver Punkt der geänderten Bestimmungen, die zur Reduzierung der Bürokratie im Zusammenhang der Anerkennung der ausländischen Entscheidungen führt.

Weiterhin ist ausdrücklich die Möglichkeit vorgesehen, dass der Vorsitzende des Gerichts einer Partei eine Frist für die Änderung des Anerkennungsantrags setzt, falls er der Auffassung ist, dass ein wesentliches Dokument fehlt oder dass es bei einem von diesen Unregelmässigkeiten gibt. Diese Möglichkeit besteht zwar auch im Einklang mit dem Rechtsstaatsprinzip, für die Parteien ist es jedoch sicherer, wenn diese Möglichkeit auch in den Richtlinien des Gerichts vorgesehen ist.

Eine weitere wichtige Änderung ist die Erweiterung der Befugnisse des Berichterstatters in dem Verfahren, nach Erhalt der Erwiderung sofort ein Urteil zu fällen, falls es eine gefestigte Rechtsprechung zu diesem Thema gibt. Diese Änderung folgt der Tendenz der Gerichte, den Berichterstattern zu gestatten, in bestimmten Fällen unverzüglich und allein zu entscheiden.

Hierbei handelt es sich wahrscheinlich um die wichtigste der Änderungen, bei der es um die Beschleunigung der Urteilsfindung in den Verfahren geht. Dieser Trend in der Rechtsprechung wird von einigen Vertretern der Lehre stark kritisiert mit dem Argument, dass den Parteien damit das Recht auf ein Urteil durch die zuständige Kammer genommen wird, die sich aus mehr als einem Richter zusammensetzt. Jedoch sieht die Richtlinie für den Fall, dass die Partei, die mit der Entscheidung nicht einverstanden ist, ein Rechtsmittel vor, im vorliegenden Fall die Beschwerde. Im Ergebnis stellt die Regelung, das Rechtsmittel für die Durchsetzung einer Kollektiventscheidung obligatorisch zu machen, zumindest rechtsdogmatisch vielleicht nicht die Ideallösung dar.

Was die Erfüllung von Rechtshilfeersuchen anbelangt, so wurden hauptsächlich Änderungen vorgenommen, die dazu dienen, das Verfahren klarer zu machen und bereits von der Rechtsprechung getroffene Entscheidungen zu verankern, wie etwa die Beschränkung bei den Themen für Klageerwiderungen und Verteidigungsschriften. Ausser in diesen Punkten wurden keine wesentlichen Änderungen vorgenommen.

Wir werden die praktischen Auswirkungen dieser Änderungen, die erst seit kurzer Zeit gelten, und deren Anwendung durch den STJ verfolgen. Grundsätzlich scheinen uns die Änderungen jedoch ein Schritt in Richtung der Vereinfachung der Anerkennungsverfahren und der Umsetzung von Rechtshilfeersuchen zu sein.

Zum besseren Verständnis der Änderungen folgt eine Übersicht mit dem Vergleich zwischen den bisherigen Regelungen und den Änderungen nach der Aufnahme der neuen Regeln in die Internen Richtlinien des STJ:

ANERKENNUNG AUSLÄNDISCHER URTEILE	
NEUER TEXT – GESCHÄFTSORDNUNG DES STJ	AUFGEHOBENE RESOLUTION
Art. 216-B. Ausländische Urteile bedürfen zur Wirksamkeit in Brasilien der vorherigen Anerkennung durch den Superior Tribunal de Justiça. Der Präsident des STJ wird nicht mehr erwähnt.	Art. 4 Ausländische Urteile bedürfen zur Wirksamkeit in Brasilien der vorherigen Anerkennung durch den Superior Tribunal de Justiça oder durch dessen Vorsitzenden.

Stüssi-Neves Advogados

Rua Henrique Monteiro, 90 -
10º andar

05423-020 - São Paulo - SP/Brasil

T (+55) 11 3093 6612

F (+55) 11 3097 9130

www.stussi-neves.com

Stüssi-Neves
Advogados

Stüssi-Neves Advogados

Rua Henrique Monteiro, 90 -
10º andar
05423-020 - São Paulo - SP/Brasil
T (+55) 11 3093 6612
F (+55) 11 3097 9130
www.stussi-neves.com

Stüssi-Neves
Advogados

Art. 216-C. Die Anerkennung des ausländischen Urteils ist vom Antragsteller zu beantragen. Der Antragschriftsatz muss die im Prozessrecht genannten Angaben enthalten und die Bestimmungen in Art. 216-D beachten. Dem Schriftsatz müssen Originale oder beglaubigte Kopien der anzuerkennenden Entscheidung und der sonstigen unentbehrliche Dokumenten beigelegt sein, die ordnungsgemäss von einem öffentlich bestellten oder vereidigten Übersetzer in Brasilien übersetzt und vom zuständigen brasilianischen Konsulat legalisiert sein müssen, wenn es der Fall ist. <i>Es wurde die Unverzichtbarkeit der Legalisierung durch das brasilianische Konsulat und der vereidigten Übersetzung gestrichen, „wenn es der Fall ist“.</i>	Art. 3 Die Anerkennung des ausländischen Urteils wird von der interessierten Partei beantragt. Der Antragschriftsatz muss die im Prozessrecht genannten Angaben enthalten. Dem Schriftsatz ist die Bescheinigung oder beglaubigte Kopie des vollständigen Textes des ausländischen Urteils und andere unentbehrliche Dokumente beizufügen, die ordnungsgemäss übersetzt und legalisiert werden müssen. Art. 5 Unentbehrliche Voraussetzungen für die Anerkennung des ausländischen Urteils sind: (...) IV - Beglaubigung vom brasilianischen Konsulat und Beifügung einer Übersetzung eines öffentlich bestellten oder vereidigten Übersetzers in Brasilien.
Art. 216-E. Wenn der Antragschriftsatz nicht die in den vorstehenden Artikeln genannten Voraussetzungen erfüllt oder Mängel oder Unregelmäßigkeiten aufweist, die die Entscheidung in der Hauptsache erschweren, setzt der Vorsitzende des Gerichts dem Antragsteller eine angemessene Frist für die Änderung oder Ergänzung. Einziger Absatz. Nimmt der Antragsteller oder sein Bevollmächtigter die Handlungen oder Massnahmen, zu der sie im Laufe des Prozesses aufgefordert wurden, nicht in der festgesetzten Frist vor, wird dieser vom Vorsitzenden des Gerichts eingestellt. <i>Neu.</i>	
Art. 216-F. Nicht anerkannt wird ein ausländisches Urteil, das gegen die nationale Souveränität, die Würde der Person und/oder die öffentliche Ordnung verstösst. <i>Es wurde der Verstoß gegen die Würde des Menschen aufgenommen.</i>	Art. 6 Ein ausländisches Urteil wird nicht anerkannt bzw. dem Rechtshilfeersuchen nicht stattgegeben, wenn es gegen die Souveränität oder die öffentliche Ordnung verstösst.

Art. 216-H. Der interessierten Partei wird der Antrag mit der Aufforderung gestellt, diesen innerhalb von 15 (fünfzehn) Tagen zu erwidern. Einziger Absatz. Der Vortrag der Verteidigung darf sich nur auf die Logik der ausländischen Entscheidung und die Beachtung der in den Artikeln 216-C, 216-D und 216-F genannten Voraussetzungen beziehen. Die zu beachtenden Voraussetzungen werden ausdrücklich erwähnt. Die Erwähnung der „Echtheit der Dokumente“ wird gestrichen, was im Einklang mit der Möglichkeit steht, auf diese zu verzichten (Art. 216-C oben).	Art. 8 Der interessierten Partei wird der Antrag auf Anerkennung des ausländischen Urteils oder des Rechtshilfeersuchen mit der Aufforderung gestellt, diesen innerhalb von 15 (fünfzehn) Tagen zu erwidern (...) Art. 9 In den Verfahren der Anerkennung des ausländischen Urteils und des Rechtshilfeersuchens darf sich die Verteidigung nur zur Echtheit der Dokumente, der Logik der Entscheidung und der Beachtung dieser Resolution äussern. (...)
Art. 216-J. Nach Einreichung der Erwiderung können innerhalb von fünf Tagen die Stellungnahme und die Gegenstellungnahme eingereicht werden. Neu.	
Art. 216-K. Nach der Erwiderung auf den Antrag wird der Prozess zur Entscheidung an die Spezialekammer verteilt, wobei der Berichterstatter für die übrigen Verfahrensakte zuständig ist. Einziger Absatz. Der Berichterstatter kann in den Fällen allein entscheiden, in denen es bereits gefestigte Rechtsprechung der Spezialekammer zu diesem Thema gibt. Es wurde die Möglichkeit der Alleinentscheidung aufgenommen.	Art. 9 (...) Abs. 1 Bei Erwiderung gegen die Anerkennung des ausländischen Urteils wird der Prozess zur Entscheidung an die Spezialekammer verteilt, wobei der Berichterstatter für die übrigen Verfahrensakte zuständig ist.
Art. 216-M. Gegen Entscheidungen des Vorsitzenden oder des Berichterstatters ist die Beschwerde zulässig. Es wird die Entscheidung des Berichterstatters (Art. 216-K, einziger Absatz, oben) erwähnt.	Art. 11 Gegen Entscheidungen des Vorsitzenden in Verfahren der Anerkennung des ausländischen Urteils und der Rechtshilfeersuchen ist die Beschwerde zulässig.

Stüssi-Neves Advogados

Rua Henrique Monteiro, 90 -
10º andar
05423-020 - São Paulo - SP/Brasil
T (+55) 11 3093 6612
F (+55) 11 3097 9130
www.stussi-neves.com

Stüssi-Neves
Advogados

Stüssi-Neves Advogados

Rua Henrique Monteiro, 90 -
10º andar
05423-020 - São Paulo - SP/Brasil
T (+55) 11 3093 6612
F (+55) 11 3097 9130
www.stussi-neves.com

Stüssi-Neves
Advogados

RECHTSHILFEERSUCHEN

Art. 216-P. Rechtshilfeersuchen, die gegen die nationale Souveränität, die Menschenwürde und/oder die öffentliche Ordnung verstossen, wird nicht stattgegeben.

Es wurde wie bei der Anerkennung von Urteilen (s. o.) die Menschenwürde aufgenommen.

Art. 6 Rechtshilfeersuchen, die gegen die nationale Souveränität, oder die öffentliche Ordnung verstossen, wird nicht stattgegeben.

Art. 216-R. Ist der Antragsteller säumig oder geschäftsunfähig, ist ihm ein Pfleger zur Seite zu stellen.

Die persönliche Mitteilung ist nicht mehr notwendig.

Art. 9 (...)

Abs. 3 Ist der Antragsteller säumig oder geschäftsunfähig, ist ihm ein Pfleger zur Seite zu stellen, dem dies persönlich mitgeteilt wird.

Art. 216-U. Gegen Entscheidungen des Vorsitzenden oder des Berichterstatters zum Rechtshilfeersuchen ist die Beschwerde zulässig.

Auch hier ist die Möglichkeit der Entscheidung des Berichterstatters vorgesehen.

Art. 11 Gegen Entscheidungen des Vorsitzenden in Verfahren der Anerkennung eines ausländischen Urteils und Rechtshilfeersuchens ist die Geschäftsordnungsbeschwerde zulässig.

Art. 216-V. Nach Stattgabe des Rechtshilfeersuchens wird dieses an den zuständigen Bundesrichter zu dessen Umsetzung weitergeleitet.

Abs. 1 Gegen die vom zuständigen Bundesrichter verkündeten Entscheidungen kann die interessierte Partei oder das Ministério Público Federal innerhalb von zehn Tagen Rechtsmittel einlegen, über die der Vorsitzende dieses Gerichts entscheidet.

Abs. 2 In den Verfahren der im vorstehenden Absatz behandelten Rechtsmittel darf nur auf Massnahmen Bezug genommen werden, die sich auf die Umsetzung des Rechtshilfeersuchens beziehen. Ausgenommen ist der Erlass der Entscheidung selbst oder deren Hauptsache.

Aufnahme der Beschränkung auf den Gegenstand des Rechtsmittels.

Art. 13 Nach Stattgabe des Rechtshilfeersuchens wird dieses an den zuständigen Bundesrichter zur Umsetzung weitergeleitet.

Abs. 1 Bei der Umsetzung des Rechtshilfeersuchens durch den zuständigen Bundesrichter können von einem Interessierten oder dem Ministério Público in einer Frist von 10 (zehn) Tagen Rechtsmittel bezüglich Massnahmen eingelegt werden, die sie betreffen.

Art. 216-X. Nach Umsetzung des Rechtshilfeersuchens oder der Feststellung der Unmöglichkeit seiner Umsetzung wird dieses an den Vorsitzenden dieses Gerichts innerhalb von zehn Tagen zurückgegeben, der dieses dann in der gleichen Frist über das Justizministerium oder das Aussenministerium an die ausländische Antragstelle weiterleitet. Es wurde die Unmöglichkeit der Umsetzung des Rechtshilfeersuchens aufgenommen.	Art. 14 Nach Umsetzung des Rechtshilfeersuchens wird dieses innerhalb von 10 (zehn) Tagen an den Vorsitzenden des STJ zurückgegeben und von diesem innerhalb derselben Frist über das Justizministerium oder das Aussenministerium an die antragstellende Gerichtsbehörde weiterleitet.
--	--

Stüssi-Neves Advogados

Rua Henrique Monteiro, 90 -
10º andar

05423-020 - São Paulo - SP/Brasil

T (+55) 11 3093 6612

F (+55) 11 3097 9130

www.stussi-neves.com

Stüssi-Neves
Advogados

* Autor der Publikation ***So geht's Einstieg in Brasilien und
So geht's Arbeitsrecht in Brasilien***



Julio Oliveira
julio.oliveira@br.pwc.com
T (+55) 11 3674 3745



Jeroen Peters
peters.jeroen@br.pwc.com
T (+55) 11 3674 2437

PricewaterhouseCoopers
Avenida Francisco Matarazzo,
1400, Torre Torino - 12º andar
05001-903 - São Paulo - SP/Brasil
www.pwc.com



Brazil increases social contributions on importation of goods

On January 30th, 2015, the Brazilian Government issued “Provisional Measure” 668 which regulates “PIS” and “COFINS” Welfare Contributions on importation of goods and services – Provisional Measure 668 shall be in force from May 1st, 2015.

In Brazil, a Provisional Measure is a provisionary law issued by the Executive Branch that has the authority of law until it is acted upon by the Congress within a 60-day period. If Congress does not act within this initial period, then the measure expires unless extended for one additional 60-day period.

PIS and COFINS are social contributions generally levied on the importation of goods and services. The contributions also apply to gross revenues derived from sales of goods and/or provision of services within the Brazilian territory.

According to the Provisional Measure 668, the general PIS and COFINS rates on importation of goods shall increase from 1.65% to 2.1%, and 7.6% to 9.65%, respectively – the combined general rate will increase from 9.25% to 11.75%.

More specifically, the Provisional Measure also increases the rates of PIS and COFINS Contributions on importations of certain goods/products, including:

- a) Certain pharmaceutical products: PIS rate increased to 2.76% (previously 2.1%); and COFINS rate increased to 13.03% (previously 9.9%) – the combined rate is now 15.79% (previously 12%);
- b) Certain perfumes, cosmetics and toiletries: PIS rate increased to 3.52% (previously 2.2%); and COFINS rate increased to 16.48% (previously 10.3%) – the combined rate is now 20% (previously 12.5%);
- c) Certain machinery and vehicles: PIS rate increased to 2.62% (previously 2%); and COFINS rate increased to 12.57% (previously 9.6%) – the combined rate is now 15.19% (previously 11.6%).

As a general rule, Brazilian importers may take credits for PIS and COFINS paid upon importation of goods, and use the credits to offset their domestic PIS and COFINS liabilities (e.g., cases where imported goods are resold in Brazil). Specific PIS/COFINS credit rules should be observed depending on the type of product being imported and the PIS/COFINS domestic tax regime to which the Brazilian importer is subject.

Finally, it should be noted that the Provisional Measure 668 does not increase PIS/COFINS rates on importations of services (which continue to be subject to a combined rate of 9.25%).

Multinational Group Companies operating in Brazil should carefully consider the possible impacts of Provisional Measure 668 on their specific importation of goods/products.

PricewaterhouseCoopers

Avenida Francisco Matarazzo,
1400, Torre Torino - 12º andar
05001-903 - São Paulo - SP/Brasil

www.pwc.com





Ernani Teixeira Ribeiro Junior¹
eteixeira@pnst.com.br
T +55 (11) 3897 4400

**Pacheco Neto Sanden Teisseire
Advogados***

Al. Franca, 1050 - 3-11 andar
01422-001 - São Paulo - SP/Brasil
T (+55) 11 3897 4400 / 3063 6177
F (+55) 11 3063 6176
www.pnst.com.br



Compliance as a social factor and the importance of its added value to the businesses

Brazil is, unfortunately in a reverse manner, undergoing a moment of deep reflection in relation to acts of corporate management, further involving a deep crisis of moral conscience and ethical behavior.

Despite the need of investments in educational base policies, fundamental to minimize disastrous performances which go against ethics and transparency, the culture of compliance starts to be considered, not only to minimize risks in general, but also to testify as to the positive image and reputation of companies and their leaders, essential when it comes to close a deal.

Although already existing, the matter was not given due importance. It is undeniable that recent events further to the publication of the Brazilian Anticorruption Law, establishing strong monetary penalties and civil and administrative liability of companies, led to an increasing interest on the subject.

The Brazilian Anticorruption Law grants internal effectiveness to the treaties signed by Brazil within the scope of the OECD, the United Nations and the OAS, compelling the country to administratively process national and multinational legal entities involved in public corruption.

The context described above, along with the treatment given by the European countries and the United States, led not only Brazilian subsidiaries, but also national companies, including those comprised by the so-called *middle market*, to focus its attention on the area of *compliance*.

As a matter of fact, the great majority of Brazilian companies are not prepared to abide by the rules imposed by the Anticorruption Law and even less, to implement compliance rules in its organizations.

The first step is the awareness that *compliance* is necessary, regardless of the size of the company.

¹ Ernani Teixeira Ribeiro Junior is associate lawyer of Pacheco Neto, Sanden, Teisseire Advogados, a law firm with headquarters in São Paulo, Brazil. Ernani is specialist in Infrastructure Agreements from the Law School of São Paulo – Getúlio Vargas Foundation, and in Corporate Law from ESA – Superior Advocacy School. With more than 11 years of vast expertise in Corporate Law, Ernani renders legal advisory to Brazilian and foreign companies in complex transactions involving Infrastructure Agreements, Public Bid Procedures and Compliance matters.

The introduction of a *compliance* culture must start at the top management level, passing on to the staff, and must be a priority in the company's administration.

Identifying risks is essential for implementing the program. Understanding the business, the organizational culture of the company, the channels of communication with clients and suppliers and the information flow are some of the important issues in order to identify the departments most subject to deviation of conduct, such as, for example, purchasing, obtainment of licenses and permits, compliance with governmental requirements, and relationship with suppliers.

From there on, it becomes easier to create opposition mechanisms and to disclose the ethical standards to be followed by the company. These may comprise, for instance, the introduction of rules of ethical conduct which guide the company's activities, the review of contracts which involve the company, particularly, the insertion of *compliance* clauses to minimize risks, the investigation and monitoring of third parties involved in the activities of the company, the creation of tools to attract and to ensure the secrecy of denouncement, and mechanisms to identify and investigate possible infractions, apart from continuous training to solidify the company's policy towards its employees.

In an article published by Professor Ana Paula Candeloro², two relevant data may be verified: (i) the "Global Fraud Report - Annual Edition 2011/2012" from Kroll Inc. indicates that the researched companies lost, in average, 2,1% of their yearly profit as a result of frauds (it is noted that this figure does not include expenses with investigations, attorneys' fees and governmental penalties, nor damage to the involved companies' reputation). From a total of 1200 executive officers of all parts of the world, 18% have informed that losses within a period of one year resulting from fraud have totaled 4% of the profit, while ¼ of the companies of this group have verified losses exceeding 10% of the profit; and (ii) according to the research carried out by the University of Oxford, the reputation of a company may correspond to approximately 40% of its market value.

It may thus be concluded that good/safe management combined with the protection of the major asset – image of the company in the market – correspond to a considerable growth in its profitability.

The advantages in the implementation of a *compliance* program range from the administrative and judicial spheres to the market sphere. Whenever there is a compliance policy implemented and active, there may be a reduction in the penalty imposed upon the company and its managers in a proven case of corruption.

Benefits are also significant as regards the image and reputation of the company in the market, improving its position towards the competition and its positive image before clients and consumers.

**Pacheco Neto Sanden Teisseire
Advogados**

Al. Franca, 1050 - 3-11 andar
01422-001 - São Paulo - SP/Brasil
T (+55) 11 3897 4400 / 3063 6177
F (+55) 11 3063 6176
www.pnst.com.br

PACHECO NETO
SANDEN
TEISSEIRE
Advogados

² Available at: <http://www.revistari.com.br/187/890>. Access on February 19, 2015.

**Pacheco Neto Sanden Teisseire
Advogados**

Al. Franca, 1050 - 3-11 andar
01422-001 - São Paulo - SP/Brasil
T (+55) 11 3897 4400 / 3063 6177
F (+55) 11 3063 6176
www.pnst.com.br



A good *compliance* program leads to reduction of internal costs, mitigation of risks of imposition of fines and penalties and proposition of judicial and administrative suits and, consequently, a lower impact on the company's cash, reflecting in the company's balance sheet and in its market value. Daily, there is a great variety of examples in the media, showing the effects of corruption in the financial health of the largest companies in the country.

Therefore, the introduction of good *compliance* practices, although not ensuring the elimination of unethical or illegal practices, leads to considerable minimization of risks.

Nowadays, there is an increasing demand for the implementation of *compliance* policies in small and medium-sized companies, customized to their needs and proportional to the volume and complexity of their activities.

Ultimately, the subject is vast, but there is one certainty: a *compliance* program adjusted to the needs of the company will be an efficient instrument of corporate governance, supporting the institution itself to exercise transparency and to ensure corporate social responsibility.

* Autor der Publikation *So geht's Die Limitada in Brasilien*

Law No. 13,097/15 allowed foreign investments in hospitals and medical clinics

On January 20, 2015, the conversion of Provisional Measure No. 656, of October 7, 2014 into law („Law No. 13,097/15“) was published at the Official Gazette. Among other matters, Law No. 13,097/15 allowed the participation of foreign capital, including corporate control, in hospitals and medical clinics.

Up to now foreign investment in hospitals was a gray zone in Brazil. The Brazilian Federal Constitution (§3^a, art. 199) prohibits the direct or indirect participation of foreign companies or capital in health care, except when expressly authorized by law.

Among the exceptions provided by law, we highlight Law No. 9,656, of June 3, 1998, which allowed the participation of foreign capital in healthcare plans providers; and now Law No. 13,097/15, which allowed foreign investments in hospitals and medical clinics. Law No. 13,097/15 also clarified that clinical, human genetics and medical imaging laboratories, among other medical centers, are considered as health related services, which allows direct or indirect foreign investments.

With the enactment of Law No. 13,097/15 we expect an increase of investments in the Brazilian healthcare sector.



Carlos Mello

carlos.mello@lefosse.com

T (+55) 11 3024 6126



Ana Cândida Sammarco

ana.sammarco@lefosse.com

T (+55) 11 3024 6247

Lefosse Advogados

Rua Tabapuã, 1227 – 14th floor
04533-014 - São Paulo - SP/Brasil

T (+55) 11 3024 6100

www.lefosse.com

LEFOSSE
ADVOGADOS



Dr. Beat W. Rechsteiner, LL.M.
bwr@brlaw.com.br

Rechsteiner e Anaya
Sociedade de Advogados*
Alameda Santos, 880, cj. 31 –
3º andar - Ed. Paulista Atrium
01418-100 - São Paulo - SP/Brasil
T (+55) 11 3149 6700
F (+55) 11 3284 6509
www.brlaw.com.br



Sorge-, Obhuts- und Aufenthaltsrecht von minderjährigen Kindern

Neue familienrechtliche Vorschriften in Brasilien

In Brasilien stehen seit Kurzem familienrechtliche Vorschriften in Kraft, welche das Sorge-, das Obhuts-, und das Aufenthaltsrecht von minderjährigen Kindern neu regeln. Alle diese Vorschriften finden sich im Brasilianischen Zivilgesetzbuch. Vor allem bei Scheidungen, gerichtlichen Trennungen und Auflösung von Lebensgemeinschaften (*uniões estáveis*) sind die Änderungen für die Eltern und Kinder von praktischer Bedeutung im Alltag.

Grundsätzlich steht beiden Eltern das gemeinsame Sorgerecht (*poder familiar*) für ihre Kinder auch nach einer Scheidung, einer gerichtlichen Trennung oder der Auflösung einer Lebensgemeinschaft (*união estável*) zu.

Darunter fällt nach ausdrücklicher Gesetzesvorschrift u.a. das Erziehungsrecht, das Zustimmungserfordernis zur dauerhaften Änderung des Aufenthaltsortes in eine andere Gemeinde, das Zustimmungserfordernis für Reisen ins Ausland, die gerichtliche und außergerichtliche Vertretung sowie das Rückführungsrecht gegenüber Drittpersonen, welche die Kinder rechtswidrig in ihrer Obhut zurückhalten. Schließlich gehört dazu auch die Ausübung des Obhutsrechts (*guarda*).

Neu wird das Obhutsrecht (*guarda*) auch bei einer Scheidung, gerichtlichen Trennung oder der Auflösung einer Lebensgemeinschaft (*união estável*) grundsätzlich von beiden Eltern ausgeübt (*guarda compartilhada*), wenn beide dazu geeignet sind; dies selbst bei Uneinigkeit zwischen ihnen. Jeder Elternteil kann jedoch gegenüber dem zuständigen Richter erklären, dass er dieses Recht nicht wünsche, was das Gericht vollständig berücksichtigt.

Das gemeinsame Obhutsrecht (*guarda compartilhada*) bedeutet, dass die Verantwortung bei der Ausübung des elterlichen Sorgerechts für die Kinder beiden Elternteilen obliegt, ungeachtet der Tatsache, dass sie nicht an der gleichen Adresse wohnhaft sind. Bei ihr wird im Interesse der Kinder und der tatsächlichen Möglichkeiten der Eltern darauf geachtet, dass diese sich möglichst bei beiden Elternteilen in einem ausgeglichenen Verhältnis aufhalten können. Ferner gilt bei ihr derjenige Aufenthaltsort als der maßgebliche, der am besten dem Interesse der Kinder entspricht.

Wird das Obhutsrecht einem der beiden Elternteile zugeteilt (*guarda unilateral*), besitzt der andere weiterhin das Recht, die gemeinsamen Kinder in ihrem Interesse zu beaufsichtigen (*direito de supervisão*). Auch kann er vom obhutsberechtigten Elternteil Rechenschaft verlangen, soweit es sich um Fragen handelt, welche unmittelbar oder mittelbar deren physische und psychische Entwicklung sowie deren Erziehung betrifft. Zudem besitzt er ein angemessenes Besuchsrecht.

Die Schulen sind nunmehr verpflichtet, beiden Elternteilen Informationen über ihre Kinder zu erteilen. Bei einer Widerhandlung gegen diese Pflicht müssen sie mit der Verhängung von Tagesgeldbussen rechnen, welche in einer Bandbreite von R\$ 200,00 und R\$ 500,00 liegen.

Es wird wohl einige Zeit dauern, bis sich eine einheitliche Gerichtspraxis zum neuen Recht gebildet haben wird.

Auf jeden Fall sollte die Vorschrift, welche die Zustimmung von beiden Elternteilen verlangt, wenn der Wohnsitz der gemeinsamen Kinder von einer Gemeinde in eine andere oder ins Ausland verlegt werden soll, durch die zuständigen Gerichte nach rechtsstaatlichen Grundsätzen ausgelegt werden. Gerade bei Mitarbeitern von international tätigen Unternehmen, welche aufgrund ihrer Tätigkeit ihren Wohnsitz aus beruflichen Gründen verlegen müssen, ist dies von erheblichem praktischem Interesse für die Betroffenen. Ein Gericht sollte lediglich dann einschränkend eingreifen dürfen, wenn der Wohnsitz missbräuchlich verlegt werden soll. Dies ist der Fall, wenn damit hauptsächlich bewirkt werden soll, den Kontakt des davon betroffenen Elternteils zu seinen Kindern unbillig zu erschweren.

Die neuen Vorschriften sind nicht von sich aus auf Fälle anwendbar, welche bereits abschließend gerichtlich beurteilt worden sind. Allerdings kann der interessierte Elternteil jederzeit eine Neuurteilung aufgrund des abgeänderten Rechts beim zuständigen Gericht verlangen.

Es ist den Eltern im Interesse ihrer Kinder und letztlich auch von ihnen selbst zu empfehlen, Fragen des Sorgerechts einvernehmlich zu regeln. Jedenfalls sollten sie es versuchen, damit die Entscheidung nicht dem zuständigen Gericht und den beigezogenen Fachkräften (Gerichtspraktikern, Sozialhelfern) überlassen und aufgebürdet wird. Leider kommt es in der Gerichtspraxis aber immer wieder vor, dass die Konflikte zwischen den Eltern auf dem „Buckel“ der Kinder ausgetragen werden. Das Ergebnis von solchen Auseinandersetzungen sind regelmäßig langdauernde und teure Gerichtsverfahren, welche letztlich den davon Betroffenen mehr Nach- als Vorteile bringen, selbst wenn aus diesen schlussendlich ein „Sieger“ hervorgeht.

* Autor der Publikation *So geht's Familien- und Erbrecht in Brasilien*

Rechsteiner e Anaya

Sociedade de Advogados

Alameda Santos, 880, cj. 31 –

3º andar - Ed. Paulista Atrium

01418-100 - São Paulo - SP/Brasil

T (+55) 11 3149 6700

F (+55) 11 3284 6509

www.brlaw.com.br

RECHSTEINER
BRLAW E ANAYA
SOCIEDADE DE ADVOGADOS



Renata Almeida Pisaneschi
rpisaneschi@machadoassociados.com.br

Machado Associados
Av. Brigadeiro Faria Lima, 1656 –
11º andar
01451-918 - São Paulo - SP/Brasil
T (+55) 11 3819 4855
www.machadoassociados.com.br



Die neue Regelung für ausländische Investitionen auf dem brasilianischen Finanz- und Kapitalmarkt und in *Depositary Receipts* – CMN-Beschluss Nr. 4373

Am 30. März 2015 tritt der am 29. September 2014 erlassene Beschluss Nr. 4373 des Nationalen Währungsrats Brasiliens („CMN“) über ausländische Investitionen auf dem brasilianischen Finanz- und Kapitalmarkt und in *Depositary Receipts* in Kraft. Damit werden verschiedene vorherige Beschlüsse aufgehoben, insbesondere die bekannten CMN-Beschlüsse Nr. 2689 und Nr. 1927, die die wichtigsten Regeln hinsichtlich des Themas enthielten.

Nunmehr werden alle Formen von Investitionen auf dem Finanz- und Kapitalmarkt von im Ausland ansässigen natürlichen Personen und im Ausland niedergelassenen juristischen Personen, Investmentfonds und Organismen für gemeinsame Anlagen durch einen einzigen CMN-Beschluss geregelt.

Die neue Regelung soll klarer sein und hat das Ziel, bürokratische Verfahren zu vereinfachen. Außerdem ist es nun gestattet, dass *Depositary Receipts* sich nicht nur auf zugrundeliegende Aktien beziehen, sondern auch auf andere Wertpapiere, zum Beispiel auf festverzinsliche Wertpapiere. Dadurch soll sich das Volumen der ausländischen Investitionen erhöhen.

Gemäss des CMN-Beschlusses Nr. 4373 können die ausländischen Investoren ihr Kapital auf alle Instrumente und Formen, die allen in Brasilien ansässigen Investoren zur Verfügung stehen, anlegen. Dafür können sie Fremdwährung oder brasilianische Währung (Real) vom Ausland überweisen oder Ressourcen benutzen, die von dem ausländischen Investor auf einem Bankkonto in Brasilien in Reais gehalten werden. Diese Investitionen von ausländischen Investoren müssen in der Zentralbank Brasiliens elektronisch registriert werden.

Für die Investitionen in Wertpapiere, die am brasilianischen Finanz- und Kapitalmarkt gehandelt werden, wird festgelegt, dass die ausländischen Investoren (i) sich in die brasilianische Wertpapieraufsichtsbehörde („CVM“) eintragen lassen müssen, (ii) ein Finanzinstitut oder eine andere von der Zentralbank Brasiliens genehmigte Institution als Vertreter für die Investitionen benennen müssen und (iii) eine von der CVM genehmigte Institution für die Verwahrung der Wertpapiere benennen müssen.

Das bevollmächtigte Finanzinstitut wird die Investitionen in der brasilianischen Zentralbank registrieren und dieses Register aktualisieren. Auf Anfrage muss es auch der Zentralbank oder der CVM Auskünfte über die Investitionen und Geldüberweisungen jedes ausländischen Investors geben. Das Finanzinstitut muss

auch etwaige Unregelmäßigkeiten an die Zentralbank oder die CVM melden. Schließlich muss es die Befugnis haben, Vorladungen, die sich mit den Investitionen befassen, im Namen des ausländischen Investors zu erhalten.

Die Investitionen dürfen nur auf organisierten Märkten durchgeführt werden, es sei denn, dass die CVM spezifische Ausnahmeregeln festlegt. Außerdem müssen die auf dem brasilianischen Finanz- und Kapitalmarkt gehandelten Wertpapiere und die von den ausländischen Investoren ausgeführten Finanzvorgänge in Institutionen, die von der Zentralbank Brasiliens oder der CVM genehmigt worden sind, registriert oder verwahrt werden oder in Systeme von Clearingstellen oder Anbietern von Abrechnung- oder Registerdienstleistungen, die von der Zentralbank Brasiliens oder der CVM genehmigt worden sind, registriert werden.

Im Bezug auf *Depositary Receipts*, die Hinterlegungscheine sind, welche normalerweise das Eigentum an Aktien verbriefen und im Ausland gehandelt werden, bestimmt der CMN-Beschluss Nr. 4373, dass sowohl Aktien als auch andere von brasilianischen Gesellschaften emittierte Wertpapiere und auch gewisse von Finanzinstituten emittierte Wertpapiere als zugrundeliegende Wertpapiere benutzt werden dürfen.

Die *Depositary Receipts*-Programme von brasilianischen börsennotierten Gesellschaften müssen von der CVM genehmigt werden, mit Ausnahme der Programme von Finanzinstituten, die von der Zentralbank Brasiliens genehmigt werden müssen.

Die Emittenten und die Personen, die Wertpapiere als zugrundeliegende Wertpapiere in *Depositary Receipts*-Programme stellen, dürfen die aus deren Verkauf entstehende Werte im Ausland behalten. Dieses Recht gilt nicht für *Depositary Receipts*-Programme von Finanzinstituten.

Weiterhin wird erwartet, dass die Zentralbank Brasiliens und die CVM innerhalb ihrer Zuständigkeiten die Verfahren für diese ausländischen Investitionen auf dem brasilianischen Finanz- und Kapitalmarkt und in *Depositary Receipts* regulieren.

Vermutlich wird durch die neuen klaren Regeln mehr Rechtssicherheit entstehen, aber die tatsächliche Erhöhung des Volumens ausländischer Investitionen hängt von vielen anderen Faktoren ab, sowohl von brasilianischen als auch von internationalen ökonomischen und politischen Umständen.

Machado Associados

Av. Brigadeiro Faria Lima, 1656 –
11º andar

01451-918 - São Paulo - SP/Brasil

T (+55) 11 3819 4855

www.machadoassociados.com.br





Philipp Klose-Morero
Managing Director – Rödl & Partner
São Paulo
philipp.klose-morero@roedl.pro
T (+55) 11 5094 6060



Tiago Tomaszewski
Head of Tax – Rödl & Partner São Paulo
tiago.tomaszewski@roedl.pro
T (+55) 11 5094 6060

Rödl & Partner*
Av. Portugal, 38 (Brooklin)
04559-000 - São Paulo - SP/Brasil
T (+55) 11 5094 6060
www.roedl.de

Rödl & Partner

Drastic changes to tax break on payroll contributions intended by the Federal Government

Tax Team, Rödl & Partner São Paulo

Social security contributions have been one of the heaviest burdens on company operations in Brazil for decades. Aiming at strategic areas of national economy, a social security regime known as “tax break on payroll” was created in 2012 – it proposes Employer’s Social Security Contribution (INSS-Employer) at a 20% rate on payroll is totally or partially substituted by the Social Security Contribution on Gross Revenue (CPRB).

This substitute contribution presents 1% or 2% rates (varying according to the business/economic area of the company) on a tax base comprising gross revenue minus cancelled sales and unconditional discounts granted. With the inclusion of many economic areas to the break throughout the years and a significant cost reduction for beneficiary taxpayers, companies grew used to this tax break.

However, on the last week of February 2015, a Provisional Measure (executive act enforceable as law) that raises CPRB rates was published by the Federal Government. According to the intentions of the Executive Power, those taxpayers which were subject to the 2% rate must pay a 4,5% percentage of gross revenue from June 1, 2015 onwards – likewise, taxpayers that were subject to the 1% rate must collect CPRB by applying a 2,5% rate to the tax base.

The Provisional Measure text also makes collecting CPRB instead of INSS-Employee optional for the economic areas comprised by the tax break, where this option is made on the first payment of the contribution in the year, and it is irreversible for the whole year. Exceptionally in 2015, companies might take the gross revenue from June as a base to opt for the tax break on payroll, and this choice would be irreversible for the rest of the year.

Nevertheless, the head of Federal Senate refused the Provisional Measure text. This refusal was based on the argument of inadequacy of that kind of normative act for promoting fiscal alterations of such an impact in the economic life of the country, whereas it would be a matter under the competence of the Legislative Power. In immediate response, President Dilma Rousseff presented the Congress a bill under constitutional urgency regime with basically the same content of the rejected Provisional Measure, which must be voted within 90 days at the latest.

Taxpayers must keep doubled attention to the decisions to be taken in this conflict between Executive and Legislative powers, since that political crisis may have grave effects on company tax obligations.

Provisional Measure changes PIS/Pasep and COFINS rates on imports

Tax Team, Rödl & Partner São Paulo

Levied at 1,65% and 7,6% rates respectively for many years, contributions PIS/Pasep and COFINS on imports will undergo a significant increase from May 1, 2015 onwards, according to the terms of Provisional Measure 668/2015.

Only service imports remain with the previously defined rates – all operations with product imports now have increased rates. General product imports had its PIS/Pasep rate increased to 2,1% and COFINS rate increased to 9,65%.

Specific products that were already subject to special PIS/Pasep and COFINS rates were also adjusted, according to the table below:

Products	PIS/Pasep	COFINS
Pharmaceutics	2,76%	13,03%
Perfumery, toiletries and personal hygiene	7.50%	16,48%
Machines and vehicles (specific HTS/NCM codes)	2,62%	12,57%
Rubber and air tubes	2,88%	13,68%
Autoparts	2,62%	12,57%
Paper	0,95%	3,81%

Finally, that Provisional Measure also forbids taxpayers from recording credits from the additional COFINS-Imports 1% levied on products listed in Law 12.546/2011.

State tax breaks are not taxable by CIT, Administrative Court decides

Tax Team, Rödl & Partner São Paulo

Based on the thesis that tax breaks granted by federated states are investment aids, a company in the state of Rio Grande do Norte received a unanimous decision in its favor in the Superior Council of the Administrative Court of Tax Appeals (CARF) in what concerns the tax base of Corporate Income Tax (CIT).

As a beneficiary of State VAT tax breaks granted by local authorities under strict control of its investments in that state, the company hired loans whose revenue it did not include in the tax base of CIT, understanding they were reflexes of an investment aid. Investment aids, according to CIT regulation, are not taxable income.

Rödl & Partner

Av. Portugal, 38 (Brooklin)
04559-000 - São Paulo - SP/Brasil

T (+55) 11 5094 6060

www.roedl.de

Rödl & Partner

Rödl & Partner

Av. Portugal, 38 (Brooklin)
04559-000 - São Paulo - SP/Brasil
T (+55) 11 5094 6060
www.roedl.de

Rödl & Partner

Questioned by federal tax authorities on the argument that the revenue arising from tax breaks would only be excluded from CIT tax base if it was applied directly to fixed assets of financial investments - what, according to the federal tax authorities, did not happen, since the loans and special taxation regimes were only a support to floating capital in the company – the taxpayer presented an appeal that was fully confirmed in the highest administrative instance of federal taxes.

This decision is promising for countless taxpayers that enjoy special tax treatment granted by the federated states outside of the National Council of Tax Policies (Confaz), since that kind of benefit from the “fiscal war” between states is what moves many companies to certain areas of the country.

New rules for presumed credits in the state of Paraná

Tax Team, Rödl & Partner São Paulo

As a remainder from the “port war” fought between the federated states after more taxpayers, for years the state of Paraná has granted presumed credits on State VAT levies on imports made in its territory.

On February 9, 2015, an alteration to State VAT Regulation in Paraná modified the applicable percentage of presumed credits applicable to industrial companies that import goods in that state.

Specifically in relation to imports of raw materials, intermediate or secondary materials or packing materials to be used in production processes, the following parameters are now applicable: tax suspended on imports will be paid on the output of industrialized goods, where the industrial company is allowed to book credits corresponding to 50% of tax due, up to the limit of 6% on the import base value, resulting in a minimum tax burden of 6%.

Those new directions mean a decrease to the benefit, since the presumed credits were booked at 8% effective percentage, instead of the 6% allowed now.

* Autor der Publikation *So geht's Besteuerung von Unternehmen in Brasilien*

Alle Inhalte dieses Newsletters obliegen der Verantwortung der jeweiligen Autoren und wurden von diesen sorgfältig recherchiert.

Für die Richtigkeit und Vollständigkeit der Inhalte übernimmt die Deutsch-Brasilianische Industrie- und Handelskammer keine Gewähr.

Deutsch-Brasilianische Industrie- und Handelskammer São Paulo

Rua Verbo Divino, 1488 - 3º andar
04719-904 São Paulo - SP - Brasilien
T (0055 11) 5187-5216
F (0055 11) 5181-7013
E juridico@ahkbrasil.com

www.ahkbrasil.com